

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/008(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 04.03.2010	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	19:15Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass der TOP 12 – A0091/09 Werbefinanziertes Amtsblatt – vom Antragsteller zurückgezogen wird.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.02.2010

Über die Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2010 wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

4. Benennung "Klaus-Miesner-Platz"

DS0605/09

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Neufassung der Satzung für den Eigenbetrieb Puppentheater der
Stadt Magdeburg-

DS0045/10

Herr Kempchen informiert, dass sich die Satzungsänderung aufgrund der Doppikeinführung erforderlich machte.

Herr Rohrßen fragt nach, weshalb die Summe im § 6 von 35 TEUR auf 50 TEUR hochgesetzt wurde.

Herr Kempchen führt aus, dass die Erhöhung mit Preissteigerungen sowie mit Änderungen in der Vergabeordnung der Stadt Magdeburg zusammen hängt.

Herr Rohrßen fragt nach, weshalb die Änderungen im § 7 vorgenommen wurden.

Herr Kempchen legt dar, dass der Stadtrat die Möglichkeit hat, die Vorschlagsliste zu ändern. Die endgültige Entscheidung trifft die Belegschaft. Diese Änderung wurde auch bei allen anderen Eigenbetrieben vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Über die Drucksache in geänderter Form wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Herr Korb, FB 41, informiert, dass die Verwaltung den Punkt 1 des Änderungsantrages mit trägt. Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, das Wort „angemeldete“ zu streichen. Der Punkt 2 des Änderungsantrages wird auf Lehrpersonal als Betreuer erweitert.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Punkt 1 des Änderungsantrages:

Herr Korb legt dar, dass die Jahreskarten bereits sehr ermäßigt sind. Die Verwaltung schlägt eine Übertragbarkeit auf eine zweite und eine weitere Person vor.

Herr Schilling fragt nach der Einführung einer Familienkarte bzw. Sachsen-Anhalt-Karte.

Aufgrund des bereits günstigen Angebotes der Jahreskarte schließt die Verwaltung eine beliebige Übertragbarkeit aus.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Punkt 2 des Änderungsantrages:

Herr Korb informiert, dass Leistungsempfänger nach SGB II und VII auf Nachweis eine weitere Ermäßigung erhalten.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Punkt 3 des Änderungsantrages:

Herr Korb informiert, dass Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr freien Eintritt erhalten.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Punkt 4 des Änderungsantrages:

Bei diesem Punkt würde es sich um eine doppelte Ermäßigung handeln. Eine Ermäßigung ist ausreichend.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Punkt 5 des Änderungsantrages:

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Punkt 6 des Änderungsantrages:

Herr Korb schlägt vor, das Wort „angemeldete“ zu streichen.

Da der Punkt von der Verwaltung so übernommen wurde, macht sich hier keine Abstimmung erforderlich.

Punkt 7 des Änderungsantrages:

Herr Korb regt an, den Punkt auf Stadtführer der Landeshauptstadt Magdeburg zu erweitern.

Auch hier macht sich keine Abstimmung erforderlich.

6.3. Neufassung der Entgeltordnung der Magdeburger Museen DS0488/09/3

Der Änderungsantrag wird von der einbringenden Fraktion zurückgezogen.

6.4. Neufassung der Entgeltordnung der Magdeburger Museen DS0488/09/4

Herr Korb führt aus, dass sich die Verwaltung gegen den Antrag ausspricht.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

6.5. Neufassung der Entgeltordnung der Magdeburger Museen DS0488/09/5

Der Änderungsantrag hat sich inhaltlich erledigt. Es macht sich keine Abstimmung erforderlich.

7. WLAN in Magdeburg I0332/09

Herr Böttcher, Dez. III, macht Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Herbst informiert, dass die Hotspots-Realisierung im Laufe des Jahres 2010 erfolgen soll. Er hält dies für eine positive Entwicklung. Die Nutzung steht und fällt mit der Kennzeichnung. Er befürwortet eine einheitliche Kennzeichnung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Umsetzung der EU- Dienstleistungsrichtlinie

I0024/10

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nehmen die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

9. "Vegi Tag" für Magdeburg

A0178/09

Herr Stadtrat Tietge erhält das Rederecht.

Frau Achatzi, Amt 51, informiert, dass die Verwaltung erst tätig wird, wenn sich der Stadtrat positioniert hat.

Herr Herbst führt aus, dass die Debatte bundesweit verfolgt wird. Ein neuer Aspekt hierbei ist der Klimaschutz. Er ist der Auffassung, dass die hierzu gestellten Änderungsanträge etwas am Ziel vorbei gehen. Er kann die Änderungsanträge nicht unterstützen.

Herr Tietge informiert, dass er bereits Gespräche mit der AOK geführt hat. Die AOK hat zugesagt, die Aktion voll zu unterstützen. Ebenfalls der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband sowie das MARITIM Hotel unterstützen die Sache. Ebenfalls hat die IG Innenstadt ihre volle Unterstützung zugesagt. Es soll jede einzelne Gaststätte der IG eine Rezeptur für ein vegetarisches Gericht erhalten. Der Verein der Magdeburger Köche hat eine Unterstützung signalisiert, wenn der Stadtrat der Sache zugestimmt hat. Es wurden auch bereits Gespräche mit der Barmer geführt.

Herr Haller sieht hier nicht die Aufgabe der Stadt.

Herr Hoffmann vertritt die Auffassung, dass sich die Gesprächspartner schriftlich bekennen müssen. Er ist generell gegen den Antrag.

Herr Hans halt den eigentlichen Antrag für nicht weitgehend genug. Seine Fraktion steht der Idee positiv gegenüber. Jeder sollte jedoch selbst entscheiden, wie er sich gesund und bewusst ernährt. Es sollten regionale Produkte bevorzugt werden, da hier kurze Lieferwege anfallen.

Herr Rohrßen ist der Meinung, dass der Vegi-Tag etwas anderes ist, als ein Tag der gesunden Ernährung. Es handelt sich hierbei um einen Appell. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ist etwas anderes gemeint, als mit dem Vegi-Tag.

Frau Szydzick ist ebenfalls der Auffassung, dass die Stadt hierfür nicht zuständig ist. Es ist jeder selbst für seine eigene Ernährung verantwortlich.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

9.1. "Vegi Tag" für Magdeburg A0178/09/1

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

0 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

9.2. "Vegi Tag" für Magdeburg A0178/09/2

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

9.3. "Vegi Tag" für Magdeburg S0312/09

Die anwesenden Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Verwaltungskostensatzung verändern A0158/09

Frau Ende, FB 02, untermauert die erste Stellungnahme der Verwaltung. Sie informiert, dass im Jahr 2009 24 TEUR Einnahmen aus Beglaubigungen erzielt wurden. Hierbei handelt es sich um ca. 10.000 Vorgänge.

Frau Mengewein, FB 32, legt dar 8.858 Erstaufertigungen und 3.963 Mehraufertigungen im vergangenen Jahr beglaubigt wurden. 17x wurden Unterschriften beglaubigt. Viele Beglaubigungen sind kostenfrei, wie z.B. Renten- und Jugendhilfeangelegenheiten.

Nach den gemachten Ausführungen der Verwaltung hält **Herr Hans** den Antrag für sinnvoll.

Frau Ende hat nachstehende Recherchen zu Beglaubigungen vorgenommen:

Berlin	5,00 EUR
Hannover	5,00 EUR
Braunschweig	6,00 EUR
Halle	3,60 EUR
TU Hamburg	5,00 EUR.

Herr Hoffmann fragt nach, welche rechtlichen Aspekte dagegen sprechen, etwas zu ändern. Er spricht sich dagegen aus, bei der derzeitigen Haushaltssituation auf die Einnahmen zu verzichten. Es kann sich jeder an alle Siegel führenden Stellen wenden.

Herr Hans ist der Meinung, dass viele gar nicht wissen, sich an andere Stellen zu wenden. Er hält an dem Antrag fest.

Herr Keller informiert, dass bislang hier gerichtlich nichts vakant war. Er informiert, dass nicht die Verwaltungskostensatzung der Stadt, sondern die Allgemeine Gebührenordnung des Landes die Rechtsgrundlage bildet. Diese kann von der Stadt nicht geändert werden.

Herr Herbst vertritt den Standpunkt, dass die Stadt die Gebühren festlegen kann. Es würde sich hier um einen Minusbetrag von ca. 6.000,00 / Jahr handeln.

Herr Budde lehnt den Antrag ab, da ihn die Stellungnahme der Verwaltung überzeugt hat.

Herr Hoffmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte zu beenden.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0158/09:

2 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

10.1. Verwaltungskostensatzung verändern S0297/09

Der KRB-Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2. Verwaltungskostensatzung verändern S0017/10

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Hoffmann stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung des Antrages. Es handelt sich hierbei nicht um den Geschäftsbereich Magdeburg. Er möchte eine rechtliche Auskunft.

Herr Keller stellt dar, dass sich eine Gemeinde mit bestimmten Aspekten der allgemeinen Selbstverwaltung befassen muss. Er hält den Punkt 1 und 2 des Antrages für rechtlich möglich, nicht aber den Punkt 3.

Herr Rohrßen kündigt bereits jetzt einen Änderungsantrag an. Die Stadt hat kein allgemein politisches Mandat. Er spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag:

2 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Herr Herbst führt aus, dass der Antrag deutliche qualitative Mängel aufweist.

Er schlägt vor, dass der KRB-Ausschuss den Änderungsantrag stellt, den Punkt 3 sowie den zweiten Satz des Punktes 1 zu streichen.

Herr Rohrßen schlägt weiter vor, die Worte „sowie dessen Freilassung“ im ersten Satz des ersten Punktes zu streichen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag in geänderter Form:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Werbefinanziertes Amtsblatt

A0091/09

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

12.1. Werbefinanziertes Amtsblatt

S0214/09

Der KRB-Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12.2. Werbefinanziertes Amtsblatt

S0412/09

Der KRB-Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

Herr Haller fragt nach, ob es bereits Neuerungen zur einer erneuten Beratung zum Thema „Doppik“ gibt.

Die Verwaltung wird sich darum kümmern.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Sören Ulrich Herbst
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herbst, Sören Ulrich

Mitglieder des Gremiums

Budde, Andreas

Rohrßen, Martin

Hoffmann, Michael

Szydzick, Claudia

Hans, Torsten

Sachkundige Einwohner/innen

Haller, Sven

Schilling, Oliver

Geschäftsführung

Becker, Britta